

POSTULAT

der Grossräte Grégoire Raboud, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), Jean-Henri Dumont, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), Raymond Borgeat, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), German Eyer, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), und Mitunterzeichnenden betreffend Zweitwohnungen – höchste Zeit für konzertiertes Handeln (16.03.2012) 4.178

Im Wallis wurde die Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» zwar mit 75 Prozent abgelehnt, doch gesamtschweizerisch wurde sie mit 50,6 Prozent von Volk und Ständen angenommen. Dies war für die Mehrheit der Walliser Bevölkerung wie ein Stromschlag. Doch vielleicht hat dieser Schock auch etwas Heilsames, wenn man den Mut aufbringt, der raumplanerischen Realität ins Auge zu sehen und die nötigen Massnahmen zu treffen. Vieles wurde nämlich während der Kampagne verschleiert.

Die am 1. Juli 2011 in Kraft getretene Änderung des Raumplanungsgesetzes (RPG) bezweckt die Bekämpfung der Auswüchse im Zweitwohnungsbau und die Eindämmung der Landschaftszersiedelung. Diese Zersiedelung und Auswüchse wurden von den meisten politischen Entscheidungsträgern im Wallis vor der Abstimmung vom 11. März zwar mehrheitlich in Abrede gestellt, aber in gewisser Weise angesichts der Betonung der Vorzüge der RPG-Revision doch implizit anerkannt. Am Folgetag der Abstimmung war in der Stellungnahme des Staatsrates zu lesen: «In der Zwischenzeit haben praktisch alle Walliser Gemeinden mit Handlungsbedarf Massnahmen zur Lenkung des Zweitwohnungsbaus auf ihrem Territorium eingeleitet oder umgesetzt.» Doch kann man diesen Worten nur schwerlich Glauben schenken, wenn man weiss, dass eine nicht zu vernachlässigende Anzahl Gemeinden immer noch ohne staatlich homologierten Zonennutzungsplan dasteht, was es diesen Gemeinden erlaubt, frischfröhlich mit der Zersiedelung fortzufahren!

Die Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, bis zum 1. Juli 2014 in ihren Richt- und Nutzungsplänen Massnahmen zur Beschränkung des Zweitwohnungsbaus vorzusehen. Das Gesetz schreibt ihnen ausserdem vor, die Hotellerie und erschwingliche Erstwohnungen zu fördern und die Auslastung der Zweitwohnungen zu verbessern.

In Anerkennung des Volksentscheids und im Sinne eines gemeinsamen konstruktiven Vorgehens schlägt die ADG dem Staatsrat vor, sämtliche öffentlichen (Gemeinden, staatliche Dienststellen) und privaten (Immobilienmakler, touristische Leistungsträger, Unternehmer, Nichtregierungsorganisationen) Partner schnell an einen Tisch zu bringen, um gute Lösungen zu finden. Insbesondere verlangen wir, dass:

- eine «Landsgemeinde» zum Thema Raumplanung in all ihren Dimensionen (wirtschaftlich, touristisch und landschaftlich) einberufen wird;
- die Anwendung des RPG in den Gemeinden, die ihren Zonennutzungsplan noch nicht eingereicht haben, durchgesetzt wird;
- die Statistikinstrumente weiterentwickelt werden, namentlich: jährliche Überschreibungen von Zweitwohnungen, jährlich neu überbaute Flächen, Flächen mit Nutzungsänderung usw.;
- der Staat seine im RPG vorgesehene Hilfsfunktion gegenüber den Gemeinden wahrnimmt, indem er den Personalbestand der Dienststelle erhöht;
- über Anreizmassnahmen für Gebäudesanierungen nachgedacht wird (insbesondere im Energiebereich);
- Massnahmen ergriffen werden, um die voraussichtliche Flut von Baubewilligungsgesuchen, die innerhalb des gesetzlichen Rahmens eingereicht werden, bewältigen zu können (Frist: 1. Januar 2013);
- mit gutem Beispiel vorangegangen wird, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass der Kanton nun willens ist, ein altbekanntes Problem konsequent anzugehen.

Sitten, den 16. März 2012
(09.25 Uhr)

Grégoire Raboud, Grossrat, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
Jean-Henri Dumont, Grossrat, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
Raymond Borgeat, Grossrat, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
German Eyer, Grossrat, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
und Mitunterzeichnende